

PH, PDC Suisse, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Bundesamt für Energie  
Sektion BP  
3003 Bern

Bern, 31. Januar 2013

## **Vernehmlassung: Energiestrategie 2050**

---

Sehr geehrte Bundesrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem Schreiben vom 28. September 2012 wurden wir eingeladen, zur oben genannten Vorlage, Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir bestens und lassen Ihnen hiermit gerne unsere Antwort zukommen.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP ist mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 grundsätzlich einverstanden, mit gewissen Vorbehalten und Änderungsanträgen. Die CVP-EVP-Fraktion hat im Parlament den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie klar befürwortet. Die CVP erachtet den Ausstieg aus der Kernenergie und den damit verbundenen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen als Chance für die Schweiz. Durch die Energieproduktion können die regionale Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Kernelement der Energiestrategie muss die Steigerung der Energieeffizienz sein. Diese darf aber nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt. In der Schweiz spielt die Industrie eine wichtige Rolle. Der Ausstieg aus der Kernenergie darf diesen wichtigen Bereich nicht benachteiligen. Hier ist insbesondere auf Ausnahmeregeln für besonders energieintensive Betriebe zu achten.

Der Atomausstieg ist ein wichtiger Auslöser für die Energiestrategie 2050. Die Vorlage ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Generell legt die Strategie ehrgeizige Ziele fest und zeigt auf, wie sie zu erreichen sind. Die Versorgungssicherheit muss dabei oberste Priorität haben. Weiter ist aus Sicht der CVP Planungssicherheit von zentraler Wichtigkeit. Je klarer der Weg feststeht, desto mehr Mitwirkung des Privatsektors kann erwartet werden. Wir

begrüssen daher die langfristige Planung. Ein Gesamtzeithorizont bis 2035 ist angebracht. Die Strategie überzeugt bezüglich Stossrichtung und der Vielfalt der Massnahmen. Wir unterstützen deshalb die Verstärkung des Gebäudeprogramms, die Weiterführung und Verschlinkung der kostendeckenden Einspeisevergütung, Abgabebefreiung und Zielvereinbarungen für stromintensive Unternehmen und eine Ausweitung und ein Ausbau der wettbewerblichen Ausschreibungen. Die CVP befürwortet das etappierte Vorgehen. Die Massnahmen des ersten Paketes können relativ rasch umgesetzt werden und so den Ausstieg aus der Kernenergie vorbereiten. Die CVP begrüsst den Verzicht auf zusätzliche Lenkungsabgaben in der ersten Etappe.

Die Stromversorgung der Schweiz soll langfristig vor allem durch inländische erneuerbare Elektrizitätsproduktion gewährleistet werden. Deshalb ist es wichtig, die Effizienz der kostendeckenden Einspeisevergütung zu erhöhen. Heute sind zu viele Projekte für die Ökostromproduktion, welche die KEV für Strom aus erneuerbaren Energien beanspruchen, auf der Warteliste. Diese Warteliste muss reduziert werden. Die im Rahmen der Energiestrategie 2050 postulierte Stärkung der Wasserkraft ist zu begrüssen. Die Wasserkraft ist und bleibt der wichtigste Pfeiler der erneuerbaren Stromproduktion der Schweiz und wird aufgrund ihrer Qualitäten sowie des geplanten Ausstiegs aus der Kernenergie zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend muss die Wasserkraft im Bundesamt für Energie gestärkt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist von nationalem Interesse. In der Interessensabwägung muss deshalb dieser Ausbau in Zukunft auf gleicher Augenhöhe mit anderen nationalen Interessen diskutiert werden. Die Schweiz hat sich zu lange ein zu enges Korsett angelegt. Zahlreiche Vorschriften etwa auch bezüglich Verfahrensabläufe wirken eher hemmend als förderlich für den Ausbau. Sie müssen deshalb in Frage gestellt und wo möglich angepasst werden. Eine Vereinfachung und damit auch eine messbare Beschleunigung der Verfahren werden erreicht, wenn Doppelspurigkeiten abgebaut werden. Konkret sollte ein und dieselbe Frage nicht mehr wie heute durch zwei Behörden (Bund und Kanton) doppelt abgeklärt werden, sondern nur noch durch eine Behörde. Aufgrund der sachlichen und örtlichen Nähe sowie des heute unbestrittenenmassen vorhandenen Fachwissens wäre eine abschliessende Beurteilung von umweltrelevanten Projekten durch die kantonalen Fachstellen möglich und sinnvoll (Ausnahme: internationale Konzessionen). Eine Schutz- und Nutzungsplanung muss nach geltendem Recht nach der kantonalen Prüfung noch durch das BAFU vorgeprüft und anschliessend durch den Bundesrat genehmigt werden. Dieses Verfahren ist unsinnig; eine Vereinfachung drängt sich auf. Die Kompetenz zur Prüfung von Projekten in nationalen Schutzgebieten liegt momentan ebenfalls beim Bund (BAFU). Diese Kompetenz könnte ohne Nachteil an die Kantone zurückgegeben werden. Eine Prüfung von Projekten in Schutzgebieten kann durch die jeweiligen kantonalen Fachstellen erfolgen, was eine massgebliche Beschleunigung des Verfahrens bewirken und dem Abbau von Doppelspurigkeiten dienen würde. Im Weiteren gilt es, die Notwendigkeit der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) zu hinterfragen. Gemäss Art. 57b lit. a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; 172.010) können ausserparlamentarische Kommissionen eingesetzt werden, wenn die Aufgabenerfüllung besonderes Fachwissen erfordert, das in der Bundesverwaltung nicht vorhanden ist. Das BAFU besitzt heute das notwendige Fachwissen, denn es führt seit Jahren das Sekretariat der ENHK und bereitet deren Entscheide vor. Auch hier wären somit Vereinfachungen problemlos möglich.

Die CVP unterstützt den Verzicht auf ein Technologieverbot (gemäss Punkt 1<sup>bis</sup> der geänderten Motion Schmidt). Forschung im Bereich der Kernkraft soll weitergeführt werden, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Abfälle und bei der Kernfusion. Bestehende Kernkraftwerke sollen als Übergangstechnologie weiter am Netz bleiben dürfen, solange die Sicherheit gewährleistet und das Restrisiko verantwortbar ist. Die technische Sicherheit und die Risikoakzeptanz sollen darüber entscheiden, ob die bestehenden Schweizer Kernkraftwerke weiterhin betrieben oder vorzeitig stillgelegt werden müssen. Um im Bereich der Stilllegung die nötigen Erfahrungen zu sammeln, ist eine gestaffelte Abschaltung der Kernkraftwerke sinnvoll. Bei Annahme einer Laufzeit von 50 Jahren würden innerhalb von drei Jahren (also fast gleichzeitig) die ersten drei Werke vom Netz gehen – was weder sicherheitstechnisch noch wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Schliesslich anerkennt die CVP die Wichtigkeit von Wärme-Kraft-Kopplung-Anlagen in der Energiestrategie 2050, um den unregelmässig anfallenden Strom aus Wind- und Sonnenenergie auszugleichen und die Stromversorgung im Winter sicherzustellen. Wir unterstützen unter gewissen Bedingungen den Ausbau der WKK. Wir sehen diese Produktionsformen aber nur als Übergangslösung bis der Energiebedarf möglichst weitergehend aus einheimischen, erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden kann. Mit der vorgeschlagenen finanziellen Förderung analog der KEV wird die Einhaltung der Klimaziele unnötig gefährdet. Sie ist deshalb abzulehnen. Das notwendige WKK-Potenzial muss somit mit anderen Rahmenbedingungen erreicht werden. Vielmehr soll die Förderung von Wärmeverbundnetzen im Vordergrund stehen. Diese können später von der tiefen Geothermie mit Wärme gespiesen werden.

Generell wünscht sich die CVP spezifischer formulierte Endziele und mehr Zwischenziele (bsp. Anteil pro Energiegewinnungsmethode an der Gesamtenergieproduktion, Anteil energetisch sanierter oder neueren energetischen Standards entsprechenden Gebäude am Gebäudebestand, Anzahl geförderter Projekte pro Art, Anzahl Tage Verminderung der Verfahren etc.) und damit einhergehend eine verstärkte Massnahmenorientierung. Konkret soll in kürzeren Abständen, mindestens aber alle zwei Jahre, festgestellt werden, ob mit den getroffenen Massnahmen die gesetzten (Zwischen-)Ziele erreicht werden oder nicht. Falls nicht, muss die Möglichkeit für Sofortmassnahmen in allen Bereichen für den Bund und die Kantone bestehen.

Zur Realisierung einer allfälligen ökologischen Steuerreform kann die CVP erst dann detailliert Stellung nehmen, wenn ein konkreter Vorschlag des Bundesrats vorliegt. Wir werden uns dazu äussern, sobald die entsprechenden Eckwerte bekannt sind. Im Hinblick auf den Vorschlag des Bundesrats für eine ökologische Steuerreform bleiben für die CVP dessen ungeachtet folgende Eckwerte unverzichtbar:

- Der Mittelstand und die Familien müssen entlastet werden;
- Die Steuerreform muss haushaltsneutral ausgestaltet sein;
- Für energieintensive Industriezweige muss eine gute Lösung gefunden werden;
- Der Wirtschaftsstandort Schweiz muss von der Reform profitieren und im Vergleich zum Ausland attraktiv bleiben;
- Den speziellen Bedürfnissen der Menschen in dezentralen Gebieten muss Rechnung getragen werden; die steuerliche Belastung in Rand- und Bergregionen darf nicht ansteigen.

## Detaillierte Bemerkungen

Die detaillierten Bemerkungen und Änderungsanträge zu den Gesetzänderungen im Rahmen der Energiestrategie 2050 sind auf dem Fragebogen im Anhang aufgelistet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ



Christophe Darbellay, Nationalrat  
Präsident CVP Schweiz



Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz

# Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

**CVP Schweiz**

## Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	4
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz .....	4
Energieeffizienz .....	5
Gebäude .....	6
Mobilität.....	8
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft .....	9
Industrie und Dienstleistungen .....	10
Erneuerbare Energien .....	11
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht .....	13
Einspeisevergütungssystem .....	14
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen .....	16
Netzzuschlag.....	18
Fossile Kraftwerke .....	18
Netze .....	20

## Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die CVP ist mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 grundsätzlich einverstanden, mit gewissen Vorbehalten und Änderungsanträgen. Die CVP erachtet den Ausstieg aus der Kernenergie und den damit verbundenen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen als Chance für die Schweiz. Durch die Energieproduktion können die regionale Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Kernelement der Energiestrategie muss die Steigerung der Energieeffizienz sein. Diese darf aber nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt.**

**Die Vorlage ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie überzeugt bezüglich Stossrichtung und der Vielfalt der Massnahmen: Ausstieg aus der Atomenergie, Ausbau der erneuerbaren Energien, Effizienzziele und strengere Vorschriften, gute Ansätze bezüglich Effizienz bei Gebäuden und Fahrzeugen, Fördermittel und Planungsinstrumente. Generell legt die Strategie ehrgeizige Ziele fest und zeigt auf, wie sie zu erreichen sind. Weiter ist aus Sicht der CVP Planungssicherheit von zentraler Wichtigkeit. Je klarer der Weg feststeht, desto mehr Mitwirkung des Privatsektors kann erwartet werden.**

**Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist von nationalem Interesse. In der Interessensabwägung muss deshalb dieser Ausbau in Zukunft auf gleicher Augenhöhe mit anderen nationalen Interessen diskutiert werden. Die Schweiz hat sich zu lange ein zu enges Korsett angelegt. Zahlreiche Vorschriften etwa auch bezüglich Verfahrensabläufe wirken eher hemmend als förderlich für den Ausbau. Sie müssen deshalb in Frage gestellt und wo möglich angepasst werden.**

**In der Schweiz spielt die Industrie noch eine wichtige Rolle. Der Ausstieg aus der Kernenergie darf diesen wichtigen Bereich nicht benachteiligen. Hier ist insbesondere auf Ausnahmeregeln für besonders energieintensive Betriebe wie die metallverarbeitende und die chemische Industrie zu achten.**

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

*Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die CVP befürwortet das etappierte Vorgehen. Die Massnahmen des ersten Paketes können relativ rasch umgesetzt werden und so den Ausstieg aus der Kernenergie vorbereiten. Wir begrüssen die langfristige Planung. Ein Gesamtzeithorizont bis 2035 ist angebracht. Die CVP sieht den Verzicht auf zusätzliche Lenkungsabgaben in der ersten Etappe positiv.**

**Zur Realisierung einer allfälligen ökologischen Steuerreform kann die CVP erst dann detailliert Stellung nehmen, wenn ein konkreter Vorschlag des Bundesrats vorliegt. Wir werden uns dazu äussern, sobald die entsprechenden Eckwerte bekannt sind. Im Hinblick auf den Vorschlag des Bundesrats für eine ökologische Steuerreform bleiben für die CVP dessen ungeachtet folgende Eckwerte unverzichtbar:**

- Der Mittelstand und die Familien müssen entlastet werden;
- Die Steuerreform muss haushaltsneutral ausgestaltet sein;
- Für energieintensive Industriezweige muss eine gute Lösung gefunden werden;
- Der Wirtschaftsstandort Schweiz muss von der Reform profitieren und im Vergleich zum Ausland attraktiv bleiben;
- Den speziellen Bedürfnissen der Menschen in dezentralen Gebieten muss Rechnung getragen werden; die steuerliche Belastung in Rand- und Bergregionen darf nicht ansteigen.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die Schweiz braucht einen Umbau des Energiesystems, unabhängig vom Atomausstieg. Diese Massnahme ist jedoch ein wichtiger Auslöser für die Energiestrategie 2050. Es bedingt einen optimalen Mix aus geeigneten Instrumenten und Massnahmen in allen Bereichen (Stromproduktion, Ausbau von neuen erneuerbaren Energien, Verteilnetz, Energieeffizienz). Die vorgeschlagenen Massnahmen sind deshalb auch ohne Atomausstieg umzusetzen. Mit dem Atomausstieg müssen die 25 TWh Strom aus den Kernkraftwerken durch andere Energieträger ersetzt werden. Das geht nicht ohne klar definierte Massnahmen. Die Vorlage ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Versorgungssicherheit muss dabei oberste Priorität haben.**

## Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

*Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Die CVP-EVP-Fraktion hat im Parlament den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie klar befürwortet. Diese Massnahme ist ein wichtiger Auslöser für die Energiestrategie 2050. Die Stromversorgung der Schweiz soll langfristig vor allem durch inländische erneuerbare Elektrizitätsproduktion gewährleistet werden. Solange die Sicherheit gewährleistet und das Restrisiko verantwortbar ist, sollen bestehende Kernkraftwerke als Übergangstechnologie weiter am Netz bleiben dürfen. Die technische Sicherheit und die Risikoakzeptanz sollen darüber entscheiden, ob die bestehenden Schweizer Kernkraftwerke weiterhin betrieben oder vorzeitig stillgelegt werden müssen. Nach heutigem Erkenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Kernkraftwerke bis ca. 2034 stillgelegt werden sollten. Um im Bereich der Stilllegung die nötigen Erfahrungen zu sammeln, ist eine gestaffelte Abschaltung der Kernkraftwerke sinnvoll. Bei Annahme einer Laufzeit von 50 Jahren würden innerhalb von drei Jahren (also fast gleichzeitig) die ersten drei Werke vom Netz gehen – was weder sicherheitstechnisch noch wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Die CVP unterstützt den Verzicht auf ein Technologieverbot (gemäss Punkt 1<sup>bis</sup> der geänderten Motion Schmidt). Forschung im Bereich der Kernkraft soll weitergeführt werden, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Abfälle und bei der Kernfusion.

## Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

*EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Die CVP ist grundsätzlich einverstanden, dass quantitative Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien und Verbrauchsziele im Energiegesetz fest geschrieben werden. Eine Strategie muss klare und quantifizierbare Ziele enthalten. Diese Ziele sind aus unserer Sicht realistisch, und bringen eine politische Planungssicherheit. Solche Ziele festzulegen hat aber einen rein proklamatorischen Charakter. Die Ziele sind



nicht rechtsverbindlich und können nicht verfügt werden. Die Erreichung dieser Ziele hängt stark von unbeeinflussbaren externen Faktoren ab. Es müssen auch die Investoren gefunden werden, damit die Ziele umgesetzt werden können.

Der Ausbau der Wasserkraft um 3,2 TWh entspricht der Potenzialanalyse des BfE vom Juni 2012. Dabei ist zu beachten, dass die neuen Gewässerschutzvorschriften den möglichen Ausbau um 1,4 TWh schmälern. Nach dem neuesten Bundesgerichtsentscheid wird der Verlust vermutlich noch grösser sein, womit wir die 3,2 TWh nicht mehr erreichen könnten. Es ist darum wichtig, diese Vorschriften nicht laufend zu verschärfen.

Die Frage stellt sich, ob ein Ausbauziel für Strom aus fossilen Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen (Art.3) sinnvoll ist, da diese Technologie erst als Übergangslösung, um Versorgungsengpässe zu vermeiden, vorgesehen ist.

## Energieeffizienz

### Bemerkungen zu Art. 52 Globalbeiträge

In Artikel 52 Abs. 3 verpflichtet der Bund die Kantone indirekt dazu, dass die finanzielle Förderung von Dritten zwingend einen Gebäudeenergieausweis voraussetzt. Auch Variante 2 im Zusammenhang mit der Teilweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe zugunsten des Gebäudeprogramms sieht aufgrund eines Verweises auf Art. 53 Abs. 3 Satz 2 EnG-Entwurf einen indirekten Zwang zur obligatorischen Einführung eines Gebäudeenergieausweises (GEAK) vor. Die genannte Vorschrift steht in Widerspruch zu Art. 42 Abs. 4 des Entwurfes (bzw. Art. 9 Abs. 4 EnG), wonach die Einführung eines Obligatoriums Sache der Kantone bleiben soll. Es bringt wenig, den Kantonen aus Gründen föderalistischer Rücksichtnahme Regelungsbereiche zwar formell zu überlassen, gleichzeitig die damit verbundenen Entscheidungsspielräume über finanzielle Anreize aber wieder zu entziehen.

Diese Bestimmung widerspricht Art. 42 Abs. 4 sowie Art. 89 Abs. 4 der Bundesverfassung. Die Mitfinanzierung des Bundes wird an eine Bedingung geknüpft, deren Regelung nicht in der Kompetenz des Bundes liegt. Formalistisch kann eingewendet werden, dass die Kantone nach wie vor die Wahl haben, eine entsprechende Regelung einzuführen oder nicht. Faktisch schafft jedoch diese Regelung eine bedeutende finanzielle Abhängigkeit der Kantone vom Bund, die sie kaum umgehen können ohne dass ihre Bürgerinnen und Bürger bedeutende Nachteile erleiden (geringere Förderung oder höhere Belastungen der Kantonshaushalte). Somit kommt es für die Kantone einer faktischen Regelung gleich, für die der Bund nicht kompetent ist. Diese Verpflichtung ist zu streichen. Die Autonomie der Kantone ist in diesem Bereich zu respektieren.

Weiter führt die Voraussetzung eines GEAK für die Ausrichtung von Förderbeiträgen zu einer nicht erwünschten Hürde für sanierungswillige Bauherrschaften. Vor allem bei kleineren Bauten z.B. Einfamilienhäusern würden die Aufwendungen für die Planung und Einreichung einer Sanierung in einem sehr ungünstigen Verhältnis zu den möglichen Förderbeiträgen stehen. Durchschnittlich werden für die Erstellung eines GEAK plus rund 1'500 Franken und für das Einreichen des Beitragsgesuches rund 500 Franken verrechnet. Dem gegenüber stehen Förderbeiträge in der Grössenordnung von 3'000 (Teilsanierung) bis ca. 8'000 Franken

(Gesamtsanierung). Den GEAK und insbesondere den GEAK plus erachten wir als gutes Beratungstool. Er ist aber nicht für alle Bauten und Situationen sinnvoll anwendbar und soll freiwillig bleiben.

Die CVP unterstützt in diesem Bereich effiziente marktwirtschaftliche Massnahmen.

#### ANTRAG

Art. 52, Abs. 3: Der zweite Satz ist ersatzlos zu streichen.

#### **Gebäude**

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

#### Bemerkungen:

In der Schweiz sind 40 Prozent des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf den Gebäudesektor zurückzuführen. Rund 1,5 Millionen Häuser müssten eigentlich energetisch saniert werden. Doch wird pro Jahr nur etwa 1 Prozent des Gebäudebestandes renoviert. Bei diesem Rhythmus dauert es 100 Jahre, bis alle Gebäude saniert sind. Die Gebäudesanierung ist also ein zentrales Element in der Energiewende, und die Verstärkung des Gebäudeprogrammes unumgänglich. Deshalb begrüssen wir die Verstärkung des Gebäudeprogramms, insbesondere die zukünftige Förderung von Massnahmen bei Gebäuden, die generell den Stromverbrauch senken oder Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen.

Um die Effizienz des Gebäudeprogramms zu steigern, soll unter Federführung der Energiedirektorenkonferenz geprüft werden, ob ein festes Forum zwischen Kantonen, Bund, Investoren, Bauherren, Herstellern und Wissenschaft geschaffen werden soll, dass die Kantone und den Bund technologisch und markttechnisch berät und Jahresziele zur Gebäudesanierung festhält.

Für die CVP muss auch die Bedeutung des Ersatz-Neubaus besser anerkannt werden. Eine wichtige Rolle kommt dem Ersatz von Altbauten zu, da nicht jeder Altbau sinnvoll energetisch saniert werden kann. Die Schaffung von Förderbeiträge für Ersatz-Neubauten ist zu prüfen.

Ein besonderes Gewicht bei der Sanierung von Altbauten muss auf Zweitwohnungen gelegt werden. Der Bund muss sich dazu verpflichten, einen Teil der verfügbaren Mittel für Gebäudesanierungen zweckgebunden für die energetische Sanierung von touristischen Zweitwohnungen zu verwenden. Diese können so effizienter bewirtschaftet werden. Gleichzeitig könnten damit die durch die Annahme der Zweitwohnungsinitiative bedingten Einnahmeausfälle reduziert werden.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Gebäudebereich?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

- ☐ Variante 1 (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)  
☒ Variante 2 (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)  
☐ Keine der beiden Varianten  
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Bei Variante 1 ginge die alleinige Verantwortung auf die Kantone über. Diese Variante sieht eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf 60 Franken je Tonne CO<sub>2</sub> vor. Die Kantone müssten nicht mehr nur 80 - 100 Millionen Franken sondern neu bis zu 300 Millionen Franken pro Jahr beisteuern. Der Bund kann die zusätzlichen Mittel aus den Erträgen der CO<sub>2</sub>-Abgabe entnehmen. Bei den Kantonen müssten sie jedoch aus den ordentlichen Haushalten bestritten werden. Diese zusätzliche Belastung der Kantone von rund 200 Mio. Fr. ist nicht akzeptabel.**

**Die Variante 2 entspricht einer Fortsetzung des gegenwärtigen Gebäudeprogramms, jedoch mit höheren finanziellen Mitteln. Es ist zielführender, die Finanzierung des Gebäudeprogramms durch eine entsprechende Anhebung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auch künftig auf sichere Füsse zu stellen.**

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

*Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>ter</sup> (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3<sup>bis</sup> bis Abs. 3<sup>quinquies</sup> (neu), Art. 10 Abs. 1<sup>ter</sup> (neu), Art. 25 Abs. 1<sup>ter</sup> und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4*

- ☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Bei der heute geltenden Regelung ist nicht die energetische Qualität der Sanierungsmassnahme für den Steuerabzug massgeblich. Dies hat zur Folge, dass zu einem beträchtlichen Teil Steuerabzüge für die Kosten von Massnahmen gewährt werden, die gesetzlich vorgeschrieben sind und/oder auch sonst ausgeführt worden wären. Die CVP begrüsst daher, dass der Steuerabzug künftig an das Einhalten / Erreichen eines**

energetischen Mindeststandards gekoppelt wird. Um sinnvolle, fachlich etablierte Strukturen zu nutzen und Bürokratie zu reduzieren, sollte sich dieser Mindeststandard am Gebäudeenergieausweis der Kantone GEAK orientieren. Die Frage stellt sich, ob diese Massnahme erst in über zehn Jahren – ab 2025 – in Kraft zu setzen ist. Ein früheres Inkrafttreten ist zu prüfen.

Es ist aber auch zu beachten, dass es sehr unterschiedliche Gebäudetypen gibt und dass gerade bei älteren Gebäuden gewisse Mindeststandards nicht erreicht werden können. Dies betrifft z.B. ältere historische Bauten in Ortskernen, ältere Bauernhäuser, Chalets usw. Wichtig ist deshalb die Bestimmung, wonach die Mindeststandards je nach Liegenschaftstyp verschieden ausgestaltet werden.

Artikel 31a des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer spricht von „Liegenschaften“; eine klare Definition des Wortes „Liegenschaften“ wäre aber wünschenswert. Wie steht es zum Beispiel um Stockwerkeigentum? Der aktuelle rechtliche Rahmen für Stockwerkeigentümerschaften ist vielfach untauglich, zukunftsgerichtete Strategien z.B. bezüglich der energetischen Aspekte in Stockwerkeigentümerschaften umsetzen zu können. Es sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit zukünftig die Umsetzung solcher Konzepte einfacher möglich ist.

Der Steuerabzug für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, ist eine sehr wichtige Massnahme und könnte gegebenenfalls wirksamer sein als das Gebäudeprogramm selbst. Darum fordert die CVP, dass der Steuerabzug von grösseren Sanierungen neu über fünf Jahre verteilt werden kann soll, statt nur über drei Jahren. Damit könnten auch energetisch anspruchsvolle Gesamtsanierungen bei kleineren und mittleren Einkommen finanzierbar werden.

## Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?  
*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die CVP begrüsst grundsätzlich, dass der Bundesrat den Zielwert für die Neuwagenflotte auf den Zeitpunkt 2020 weiter senken will. Die anvisierten Ziele, insbesondere das CO<sub>2</sub>-Ziel, sind nur erreichbar, wenn für den Verkehr neue Regeln zur Anwendung kommen. Die Massnahmen zur Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen müssen aber in Abstimmung mit der EU eingeführt werden, da die Schweiz keine Personenwagen produziert.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Speziell bei den Lieferwagen besteht ein grosses Potenzial und es konnte in den letzten Jahren eine steigende Nachfrage festgestellt werden. Der vorgeschlagene Grenzwert ist richtig: er ist EU-kompatibel und erreichbar.**

### **Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft**

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

*EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)*

☒ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Der Bedarf nach griffigen Effizienzmassnahmen und die Nähe der EVUs am Konsumenten rechtfertigen die Idee des Einbezugs der EVUs in die Förderung der Effizienz. Grundsätzlich begrüsst die CVP Massnahmen der EVU zur Verbesserung der Energieeffizienz bei den Endverbrauchern. Quantitative Einsparverpflichtungen sind aber kritisch, da das Einsparpotential von Kundenstamm zu Kundenstamm sehr verschieden ist. Eine einheitliche Einsparquote kann für einzelne EVU unrealistisch hoch liegen. Die CVP kann die Einführung eines solchen Systems befürworten, aber unter der Bedingung geringer Transaktionskosten und der Vermeidung einer Benachteiligung von EVUs die im Bereich Effizienz bereits viel gemacht haben.**

**Die CVP unterstützt in diesem Bereich eine strategische Vision mit Zielvereinbarungen und mit einem Minimum an Regulierung und Bürokratie. Der vorgeschlagene Mechanismus ist sehr komplex und nur schwer umsetzbar. Die EVUs stehen sonst schon beim Energieumbau vor riesigen Herausforderungen. Es ist für die CVP schwierig nachvollziehbar, wie diese Massnahme umgesetzt werden soll. Das vorgeschlagene System sieht nur Sanktionen vor. Die CVP würde eher ein Belohnungssystem für die EVUs, die im Bereich Effizienz aktiv sind, unterstützen. Zielführender scheinen massnahmenbasierte Vorschriften bei freiwilliger Teilnahme der Endverbraucher, etwa die landesweite Einführung eines Effizienzbonus, eine Energieberatung oder eine Ausdehnung der wettbewerblichen Ausschreibungen.**

**Die Rollen der einzelnen Marktteilnehmern (Elektrizitätserzeuger, Verteilnetzbetreiber, Anbieter, Stromkonsumenten) betreffend Energieeffizienz müssen geklärt werden.**

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

*EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die Verfügbarkeit dieser Daten zu Zwecken der Zielüberprüfung oder der Gestaltung von geeigneten Massnahmen durch die Verwaltung ist zu begrüssen. Diese Massnahme ist sehr sinnvoll, da sie ein Benchmarking unter den Unternehmen erlaubt und für die Konsumenten Transparenz schafft. Die Transparenz fördert den Wettbewerb untereinander und kann das Engagement bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz fördern. Es gilt jedoch zu beachten, dass es sich hier um wirtschaftlich sensible Daten und Fakten handelt. Der Schutz von sensiblen Daten muss deshalb gewährleistet sein und den bürokratischen Aufwand für Firmen gilt es zu minimieren.**

### **Industrie und Dienstleistungen**

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

*EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Wettbewerbliche Ausschreibungen sind ein marktwirtschaftliches Instrument zur Ausschöpfung der Stromeffizienzpotenziale und werden deshalb von der CVP als subsidiäre Massnahme unterstützt. Auch da Kleinproduzenten (z.B. Landwirte) sich stärker als Energieproduzenten engagieren möchten, sehen wir die Erweiterung des Anwendungsbereiches auf Massnahmen der Elektrizitätserzeugung und -Verteilung positiv.**

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

*EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Eine Befreiungsmöglichkeit für Grossverbraucher ist sehr wichtig. Stromintensive Unternehmen sind ein wichtiger Teil der Schweizer Wirtschaft. Sie dürfen aus unserer Sicht durch die Erhöhung des KEV-Zuschlags nicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden. Um deren Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern ist eine Gegenleistung in Form einer Verpflichtung zur Umsetzung von Effizienzmassnahmen zielführend. Dabei dürfen Unternehmen, die im Bereich Effizienz bereits viel gemacht haben, nicht benachteiligt werden. Als Kriterium für eine Entlastung von der KEV soll der Anteil der Energiekosten an der Bruttowertschöpfung oder am Umsatz als gelten. Wir beantragen eine vorgezogene Implementierung dieser Massnahme gemäss der Parlamentarischen Initiative UREK-N 12.400 („Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher“). Gemäss diese Initiative können stromintensive Unternehmen mit Elektrizitätskosten von mindestens 5 Prozent der Bruttowertschöpfung den Zuschlag in Zukunft (teil)rückerstattet bekommen, wenn sich diese im Gegenzug dazu verpflichten, Zielvereinbarungen einzugehen.**

## Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

*EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die CVP lehnt einen gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplan für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine Koordinierungsstelle für Bewilligungen auf Stufe Bund ab. Energiepolitik und Raumplanungspolitik sind in erster Linie Aufgaben der Kantone. Wenn sich alle Kantone zu einer gemeinsamen Planung bereit erklären und diese auch in ihrer Verantwortung durchführen, könnten wir eventuell dieses Anliegen unterstützen. Dem Bund darf aber nur eine subsidiäre, unterstützende Rolle dabei zukommen. Das UVEK kennt die regionalen Besonderheiten nicht gut genug, um die Planung zu übernehmen.**

Die Festlegung der Potentiale innerhalb eines Richtplanes scheint mit dem Imperativ der (technologischen) Entwicklung der erneuerbaren Energien kaum vereinbar zu sein. Dieses Instrument scheint wenig flexibel zu sein, obwohl es ständig aktualisiert werden sollte, was erhebliche Kosten zu Lasten der Kantone verursachen würde. Die Frist von drei Jahren, die in Art 12 Abs. 2 vorgeschlagen ist, ist aus unserer Sicht zu kurz. Die kantonalen Richtpläne begnügen sich, die Entwicklungsprinzipien den erneuerbaren Energien festzulegen, aber nicht, die Standorte a priori festzulegen.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

*EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die Unterstellung unter die Richtplanung hätte zwar den Vorteil, dass hier räumliche Konflikte geregelt werden könnten. Die Bewilligungsverfahren könnten verkürzt werden. Mit der Ausscheidung der Gebiete in der Richtplanung würde aber ein zusätzliches Planungsverfahren eingeführt, welches den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter verzögert. Wir lehnen dies deshalb ab. Zudem gilt zu beachten, dass die Gewässerhoheit in einigen Kantonen nicht beim Kanton sondern bei den Gemeinde liegt. Projekte zur Wassernutzung unterliegen damit demokratischen Prozessen auf Stufe Gemeinde. Diese dürfen nicht durch eine Richtplanfestlegung übersteuert resp. ausgehebelt werden.**

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

*EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Die CVP begrüsst, dass Anlagen oder Anlagegruppen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse sind. So wird die Ausgangslage für die Interessenabwägungen zwischen Schutz und Nutzung bei individuellen Projekten verbessert. Die CVP erachtet also als zentral, dass die Förderung nachhaltiger Energieformen oder die Versorgungssicherheit neben den Schutzinteressen gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) mindestens gleichwertig berücksichtigt werden. Die Gleichstellung von Schutz- und Nutzungsinteressen soll aber nur ab einer**



bestimmten Grösse und Bedeutung gelten.

Die rechtsanwendenden Behörden sollen, in der Interessenabwägung dem Anspruch auf eine zuverlässige Stromversorgung, inkl. durch Wasserkraft, höheres Gewicht gegenüber ökologischen Forderungen beizumessen. Infrastrukturprojekte können in der Schweiz kaum mehr realisiert werden, ohne dass eines der vielen Bundesinventare tangiert ist. In der Praxis müssen bisher berechnete Interessen, wie die Förderung nachhaltiger Energieformen und die Versorgungssicherheit, oder die Finanzierbarkeit, hinter den Schutzinteressen des NHG zurücktreten. Die Kantone beklagen, dass Anpassungen eines Projektes an die Wünsche der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) Projekte heute oftmals übermässig verzögern oder gar verhindern. Die Aufgabe und Notwendigkeit der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) ist zu hinterfragen. Gemäss Art. 57b lit. a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; 172.010) können ausserparlamentarische Kommissionen eingesetzt werden, wenn die Aufgabenerfüllung besonderes Fachwissen erfordert, das in der Bundesverwaltung nicht vorhanden ist. Das BAFU besitzt heute das notwendige Fachwissen, denn es führt seit Jahren das Sekretariat der ENHK und bereitet deren Entscheide vor. Auch hier wären somit Vereinfachungen problemlos möglich. Es darf keine jahrelangen Rechtsstreitigkeiten mehr wegen Anlagen zur Produktion Erneuerbarer Energien geben.

### Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

*EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

#### Bemerkungen:

**Grundsätzlich sind wir mit der Idee der Eigenverbrauchsregel einverstanden. Wer Strom produziert, soll in erste Linie selber davon profitieren können. Das erhöht auch den Anreiz zur Installation entsprechender Anlagen. Für die Beurteilung dieser Frage fehlen in den Unterlagen jedoch die nötigen Grundlagen, die aufzeigen, welche Auswirkungen die Regelung auf die Verteilung der Netzkosten haben wird. Wenn immer mehr Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber verbrauchen können, stellt sich tatsächlich die Frage der Finanzierung der Netze. Wer soll dann in Zukunft die Hochspannungs- und Verteilnetze finanzieren? Auch Produzenten, welche von der Eigengebrauchsregelung Gebrauch machen, müssen sich solidarisch an den Netzkosten beteiligen. Daher ist das StromVG anzupassen.**

**Die Eigenverbrauchsregelung soll schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Es ist zudem darauf zu achten, dass die Ersparnis an finanziellen Mitteln, die man durch den**

Eigenverbrauch hat, nicht als Einkommen gewertet und damit auch nicht versteuert werden muss.

## Einspeisevergütungssystem

### Generelle Bemerkung

Der Ausbau der grossen Wasserkraft (inkl. Pumpspeicherung) erfolgt in den kommenden Jahren nicht selbstverständlich zeitgerecht, selbst wenn sich die Bewilligungsvoraussetzungen massgeblich verbessern. Die Investitionen werden nur getätigt, wenn das Risiko der Refinanzierung der Werke für die Versorgungsunternehmen tragbar bleibt. Die strukturellen Umwälzungen im europäischen Strommarkt mit dem teilweisen Verzicht auf die Kernkraft werden zu neuen Marktverhältnissen mit einem ungewissen Grundlastanteil führen. Damit werden langfristig stabile Betriebs- und Ertragsszenarien erschwert und das Abbilden der Ertragserwartungen in den Grundlagen für Investitionsentscheide sehr unsicher. Wir rechnen damit, dass aus heutiger Sicht keineswegs klar ist, ob der Zubau von grosser Wasserkraft sich gemäss den Szenarien rechtzeitig realisieren lässt. Zu beachten ist, dass auch der Zubau von Photovoltaik- und Windenergie rechtzeitig genügend Speichermöglichkeiten erfordert. Die CVP erachtet es deshalb als notwendig, dass auch die Grosswasserkraft (Effizienzsteigerungen, Ausbau bestehender Werke, Neubau von Kraftwerken), mit eingeschlossen der Pumpspeicherung, gefördert wird.

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

*EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

#### Bemerkungen:

**Die CVP lehnt diesen Ausschluss ab. Mit dem willkürlichen Ausschluss dieser Anlagenkategorien wird ein grosses Potenzial für erneuerbare Energieerzeugung nicht genutzt. Aus diesem Grund ist ein Ausschluss aus der KEV nicht sinnvoll. Der Betrieb von KVA soll in Zukunft vermehrt saisonal ausgerichtet werden, damit kann die KVA einen grösseren Beitrag an die Energieversorgung im Winter leisten.**

**In Wahrheit entwickeln sich diese Anlagen immer mehr zu hybriden Entsorgungs-, Recycling und Energieanlagen. Für öffentliche Körperschaften als Anlagenbetreiber und kommunale Gebührenzahler ist die allenfalls mögliche minimale Querfinanzierung irrelevant, da die KEV-Vergütungen keinesfalls ausreichen, um das Entsorgungs- und Recyclingverhalten der Bevölkerung über monetäre Anreize negativ zu beeinflussen. Entscheidend ist, dass mit jedem eingesetzten Abwasser- und Abfallgebührenfranken das Optimum bei der Ressourcenschonung und bei gleichzeitiger Energienutzung ausgenutzt wird.**

Die Weiterführung der KEV ist daher eine zentrale Voraussetzung, dass bei künftigen Anlagenplanungen und Anlagenerneuerungen die Energiepotenziale gut genutzt werden. Wir verlangen daher, dass die geltende KEV-Regelungen für Kehrrechtverwertungs- und Klärgasanlagen weitergeführt werden. Art. 18 Abs. 3 EnG und Art. 31 Abs. 2 EnG sind also zu streichen.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

*EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ **Andere Lösung**

Bemerkungen:

**Die Photovoltaik hat das mit Abstand grösste nicht erschlossene Potential. In den letzten Jahren sind dank dem Skaleneffekt vor allem in Deutschland die Preise der PV-Strom bei Grossanlagen unter 20Rp/kWh gepurzelt. Einzig die Stromproduktion aus PV-Kraftwerken bis 2020 an ein unverständlich mickriges Ausbauziel mit 600GWh zu binden ist unverständlich, denn Ende 2012 sind schon ca. 300GWh am Netz! Somit würde nur noch ein Zubau von 50MW bis 2020 zugestanden, was nicht dem Willen von vielen Privatpersonen (siehe Warteliste KEV mit über 20'000 Gesuchen) entspricht und der Solarbranche mit immerhin über 8000 Mitarbeitenden unnötigen Schaden zufügt.**

**Um die Kostenkontrolle zu erreichen, nicht wie in Deutschland, sollte statt der Energiemenge für die Photovoltaik die maximale Umlage auf den Strompreis definiert werden. Diese könnte bei max. ca. 1,5Rp liegen (0.5 Rp/ kWh bis 2017, dann 1 Rp/kWh bis 2018 und danach 1.5 Rp/kWh). Dazwischen könnte linear interpoliert werden. Damit würde übrigens auch der abflachenden Kostendegression Rechnung getragen werden. Die nun via UREK-NR vorgesehenen 150MW Zubau entsprechen nur 0,2% der Stromproduktion in der Schweiz; Deutschland z.B. liegt bei gleichen Geldmitteln bei 1% pro Jahr.**

**Die Ausbauziele für die PV-Stromproduktion sollten im Gegenteil höher und vor allem frühzeitiger definiert werden, mit einer Erfolgskontrolle alle 2 Jahre. Auch sollten die Fördermittel via KEV zeitnah an der Marktentwicklung berücksichtigt werden, damit mehr Anlagen mit dem nötigen Geld, anstatt wenige Anlagen mit viel Geld gefördert werden (eben kostendeckend nicht gewinnmaximierend). Eine Ausbau-Limitierung oder Kontingentierung ist somit in naher Zukunft gar nicht mehr nötig.**

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

*EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Diese Funktion könnte auch bei der Swissgrid gehen, um nicht nochmals eine neue Behörde / Unternehmung zu schaffen. Grundsätzlich sollen Bundesrat und/oder die Verwaltung selber entscheiden, wie sich der Vollzug am besten gewährleistet.**

### **Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen**

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Grundsätzlich begrüsst die CVP, dass kleinere Anlagen mittels Einmalvergütung gefördert werden, um die grosse Warteliste ohne grosse Bürokratie und langjährige Verpflichtungen abzubauen. Die CVP schlägt aber weitergehende Änderungen vor. Anlagen unter 5 kW sollen gar nicht gefördert werden, da sich der bürokratische Aufwand weder für die öffentliche Hand, noch für den Anlageersteller lohnt. Die starre Grenze von 10 kW für die Förderung (ob Einmalvergütung oder KEV) führt aus Sicht der CVP aber zu ungewollten Nebeneffekten wie beispielsweise viele Teilflächen, falls der Anlageersteller lieber die Einmalvergütung hätte. Er sorgt dann dafür, dass er unter 10 kW bleibt und dies führt zu Teilflächen. Die Grenze soll deshalb entweder angehoben werden oder es besteht ab einer Grösse von beispielsweise 15 oder 20 kW die Wahlfreiheit, mit welchem System die Anlage gefördert wird. Um nicht die grossen Anlagen, die mit der KEV gefördert werden, zu verhindern, weil kein Geld mehr da ist, wenn alles in die Einmalvergütung fliesst, müsste man die finanziellen Mittel bei der Einmalvergütung begrenzen. z.B. max. 50 % der für die Photovoltaik vorgesehenen jährlichen Mittel fliessen in die Einmalförderung. Der genaue Prozentsatz müsste den Erwartungen angepasst werden.**

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

- ☒ Einmalvergütung  
☐ Net Metering  
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

**Vgl. Antwort zu Frage 22.**

Prinzipiell ist eine einmalige Investitionshilfe ein gutes Mittel, um den Kreis potentieller Produzenten zu vergrössern, ohne die Warteliste für die KEV zu verlängern. Es ist ein einfaches System und gut verständlich. Zudem bekommt der Produzent den Zuschuss auch zu dem Zeitpunkt, an dem er die Investition durchführt und nicht verteilt über 20 Jahren. Diese Anschubfinanzierung löst sofort Investitionen aus und die zahlreichen Dossiers müssen nicht über Jahrzehnte verwaltet werden.

Photovoltaik-Kleinanlagen von privaten Hausbesitzern dienen in der Regel dem Eigenbedarf. Das Net Metering ist demgegenüber ein Modell, dass vor allem bei der Einspeisung ins Netz eine wichtige Rolle spielen wird. Es setzt aber komplexe Steuerungs- und Abrechnungsverfahren voraus. Wir bevorzugen deshalb beim heutigen Kenntnisstand das Modell der Einmalvergütung.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

*EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)*

- ☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Vgl. Antwort zu Frage 22.**

Angesichts des grossen Gesuchsüberhangs erscheint dieser klare Schnitt als der einzig gangbare Weg. Aus Fairnessgründen sollte aber für Anlagen, die in Erwartung der KEV bereits gebaut oder die von einem EVU vorfinanziert und gebaut wurden, die Möglichkeit der Wahlfreiheit zwischen Investitionshilfe und Einspeisevergütung geprüft werden.

## Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

*EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

**Die Entfernung des Gesamtdeckels und der Teildeckel erachten wir als erforderlich, um den Umbau des Energiesystems voranzubringen. Eine Deckelung der Förderbeiträge ist berechtigt, wenn damit einen übermässigen Zubau und hohe langfristige Finanzverpflichtungen vermieden werden können. Die Erfahrung zeigt, dass diese Gefahr hauptsächlich bei der Photovoltaik besteht. Die Höhe der Vergütungssätze spielt eine entscheidende Rolle, um den Zubau im gewünschten Mass zu halten. Die Höhe muss regelmässig an die technischen Verbesserungen angepasst werden, so kann bei gleich bleibenden Finanzmitteln kontinuierlich mehr Kapazität erstellt werden. Gleichzeitig können so Monopolrenditen verhindert werden.**

## Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

*EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

**Die CVP anerkennt die Wichtigkeit von Wärme-Kraft-Kopplung-Anlagen in der Energiestrategie 2050, um den unregelmässig anfallenden Strom aus Wind- und Sonnenenergie auszugleichen und die Stromversorgung im Winter sicherzustellen. Wir unterstützen unter gewissen Bedingungen den Ausbau der WKK. Wir sehen diese Produktionsformen aber nur als Übergangslösung bis der Energiebedarf möglichst weitergehend aus einheimischen, erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden kann. Mit der vorgeschlagenen finanziellen Förderung analog der KEV wird die Einhaltung der Klimaziele unnötig gefährdet. Sie ist deshalb abzulehnen. Eine KEV-ähnliche Unterstützung für WKK würde einen zu grossen Anreiz setzen, Gebäude nicht zu sanieren und anstatt dessen mit WKK zu beheizen. Dadurch würde insgesamt der CO<sub>2</sub>-Ausstoss des Energiesystems angehoben statt gesenkt. Das notwendige WKK-Potenzial muss somit mit anderen Rahmenbedingungen erreicht werden.**

**Kleine Anlagen werden mit der geplanten Einführung der Eigenverbrauchsregelung ausreichend unterstützt.**

**Anlagen die zertifiziertes Biogas verwenden, ORC Anlagen und Anlagen die Strom unter der Verwendung von Prozessabwärme herstellen, sind in die KEV aufzunehmen.**

Ein Vergütungssystem für WKK Anlagen macht nur Sinn bei einer 100%-igen Nutzung (mindestens aber 80%) der Abwärme zur Wärmeerzeugung im Winter. Damit lässt sich ein wahrlich unsinniger bürokratischer Aufwand massiv vermeiden und die Attraktivität zur Nutzung von fossilen Energieträgern wird auf ein sinnvolles Mass beschränkt, eben als Brückentechnologie.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

*EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ein Vergütungssystem dieser Art wird von der CVP nicht unterstützt (vgl. Frage 26). Die Limitierung auf grosse Anlagen lässt aber ein beträchtliches Potenzial ungenutzt. Gerade im Winter wird eine Restmenge an fossil erzeugtem Strom über eine gewisse Zeitachse nötig bleiben. Zudem widerspricht ein solcher Ausschluss der dezentralen Orientierung, die gerade der kommunalen Entwicklung entspricht.

Das vorgeschlagene System ist unsinnig, weil es falsche Anreize setzt und die Nutzung der Abwärme bewusst vernachlässigt um damit Grossanlagen zu ermöglichen. Der Gesamtwirkungsgrad über das ganze Jahr einer WKK muss das Mass der Dinge sein und nicht der theoretische Spitzenenertrag an einem kalten Wintertag. Gerade Klein- bis Kleinstanlagen in Einfamilienhäusern und Wohnüberbauungen machen da Sinn und belasten weder das elektrische Versorgungssystem (Ausgleich auf Netz-Ebene) weil die WKK's dann laufen wenn in der Regel die Sonne nicht scheint (Nacht- und Nebellagen, PV-Anlagen nicht in Betrieb) und auch die Gasversorgung durch normale Hausanschlüsse ohne Zusatzinvestitionen gewährleistet ist. Dezentrale, optimal geregelte Wärmeerzeugung, gekoppelt mit Stromerzeugung, ist sehr effizient und im Verbund mit massvollen Gebäudesanierungen (zB. Schulhäuser) im Hinblick auf die 2000W-Tauglichkeit ein sinnvoller Schritt.

Gefördert werden sollte nur via Investitionsbezuschussung, gekoppelt an den Gesamtwirkungsgrad und die 100%-ige Abwärmenutzung (sog. Wärmegeführte Anlagen). Mit dem System der Investitionsbezuschussung kann auch sehr direkt und flexibel auf neue Entwicklungen und Technologien reagiert werden.

Der Förderbereich soll gegen unten keinesfalls leistungsmässig beschränkt werden (und wenn, dann höchstens auf <1 kW elektrische Leistung), gegen oben erübrigt sich ein Limitierung, weil eine 100%-ige Abwärmenutzung sowieso nicht gewährleistet werden kann.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Ein Vergütungssystem dieser Art wird von der CVP nicht unterstützt (vgl. Frage 26). Sollte ein solches Vergütungssystem trotzdem eingeführt werden, ist die vorgeschlagene Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen sinnvoll. Solange die Wärme aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird, muss das entstehende CO<sub>2</sub> kompensiert werden. Durch den steuerbefreiten Einsatz von z.B. Biogas oder synthetischem (Methan-)gas aus nachhaltiger Produktion kann die gewünschte Ökologisierung im Bereich WKK erreicht werden.**

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

- **Unterstützung vom Bund für Gemeinden, die ein Fernwärmenetz errichten wollen (zinslose Darlehen, Vergütungen für die Einspeisung von Wärme in Fernwärmenetze).**
- **Förderung der Gas-WKK in jenem Teil, der mit erneuerbaren Energien erzeugt wird (Biogasförderung, Holzvergasung, Power to Gas).**
- **Schaffung einer Förderung von Prozesswärme durch Holz**
- **Im Sinne einer effizienten „Energieabschöpfung“ soll die Verstromung bei grosser Wärmeerzeugung gezielt gefördert werden.**
- **Wärmeverbünde sollen gefördert werden, gerade auch in Hinblick auf die Nutzung von Geothermie die ja auf fossilfreier WKK basiert.**
- **Dezentrale Anlagen, also WKK-Anlagen die dort stehen wo der Brennstoff verfügbar und der Strom und die Wärme genutzt werden können und die das Stromnetz nicht belasten sollen via „Nebenkosten“ entlastet werden.**

## Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

*Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Der steigende Stromkonsum, neue Kraftwerke im In- und Ausland und die Einspeisung**



von Strom aus erneuerbaren Energien stellen das Übertragungsnetz vor grosse Herausforderungen. Die CVP fordert ein modernes und effizientes Netz als Grundvoraussetzung, um die Schweiz auch künftig sicher, umweltschonend und zuverlässig mit Strom zu versorgen. Der Einsatz der Smart-Grid-Technologie zur Steuerung der Netze muss als anrechenbare Kosten bei der Netzentwicklung abgegolten werden.

Wir begrüssen die vorgesehene Verfahrensbeschleunigung grundsätzlich. Die vorgeschlagene Änderung mit der Einschränkung des Zugangs zum Bundesgericht kann die Verfahren massiv verkürzen, ohne den Rechtsschutz massiv abzubauen. Im Weiteren gilt für die Netzinfrastrukturen, was auch für die Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gilt (siehe Frage 17): Die Interessen der Stromversorgung und jene von Natur und Landschaft sollen auf Augenhöhe abgewogen werden können, wobei für die Netzinfrastrukturen genauso ein nationales Interesse statuiert werden kann wie für die Produktionsanlagen ab einer gewissen Grösse.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

*Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Intelligente Messsysteme zeigen den tatsächlichen Energieverbrauch des Endkunden und die tatsächliche Nutzungszeit an. Aufgrund dieser Möglichkeit sollen dem Endverbraucher von der Tageszeit abhängige und ggf. billigere Energiekosten angeboten werden, um damit dem Energieversorger im Gegenzug die Möglichkeit zu geben, die vorhandene Kraftwerkinfrastruktur besser ausnutzen zu können sowie Investitionen für Spitzenlastausbau vermeiden oder zurückstellen zu können. Die Einführung dieser Systeme halten wir für eine gute Möglichkeit, um mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien netztechnisch zurechtzukommen. Damit die Zähler nach einheitlichen Normen betrieben werden können, sehen wir die Schaffung entsprechender Delegationsnormen als positiv an.